

PPP-Newsletter Nr. 22/2008 des BWI-Bau vom 21.11.2008

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **DSK GmbH.** Informationsgebäude in Berlin.
Planung, Errichtung, Finanzierung, Bewirtschaftung und Rückbau eines Informationsgebäudes zum Humboldt-Forum.
Die Planungs- und Bauphase des Humboldt-Forums auf dem Schlossplatz soll maximal bis zur Fertigstellung durch Vor-Ort-Informationen für die breite Öffentlichkeit direkt an der Baustelle begleitet werden. Hierzu soll ein Gebäude (die sog. Humboldt-Box) geplant, errichtet, finanziert, bewirtschaftet und wieder rückgebaut werden. Die Nutzung des Gebäudes ist auf 5 Jahre (mit Verlängerungsoption) befristet.
Verfahrensart: Wettbewerblicher Dialog. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 12.1.2009. Dokumentennummer im TED: 2298032-2008.

Vorinformationen

- **Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.** PPP-Pilotprojekt.
Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesbauminister, Achim Großmann, und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten haben am 20.11.2008 in Potsdam eine Vereinbarung über ein PPP-Pilotprojekt unterzeichnet. Die Stiftung plant, den Neubau des Besucherzentrums im Park Sanssouci sowie die Sanierung von Bestandsgebäuden in den Parkanlagen Babelsberg und Neuer Garten im Rahmen eines PPP-Projektes an einen privaten Partner zu übertragen. Neben dem Bau soll der private Partner auch für die Planung, Finanzierung und den anschließenden 30-jährigen Betrieb der Gebäude zuständig sein. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf insgesamt circa 21 Millionen Euro.
Quelle: <http://www.bmvbs.de/> (Pressemitteilung vom 20.11.2008)
- **Stiftung Preußischer Kulturbesitz.** Museum.
Das Bode-Museum (auf der Museumsinsel in Berlin) benötigt einen Erweiterungsbau, der auf dem benachbarten Kasernengelände entstehen soll. Derzeit prüft die Stiftung Preußischer Kulturbesitz dazu verschiedene Modelle einer PPP.
Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/> vom 16.11.2008
- **Stadt Regensburg.** Schule.
Der Ergänzungsneubau von FOS/BOS (Berufliche Oberschule Regensburg) soll im Rahmen eines PPP-Modells umgesetzt werden. Die Verwaltung wird dem Stadtrat in Kürze diesen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen. Oberbürgermeister Hans Schaidinger dazu: „Wir wollen dann zügig mit den Ausschreibungen beginnen und sind sicher, dass Mitte 2010 mit dem Bau begonnen werden kann.“
Quelle: <http://www.regensburg.de/buerger/aktuelles/pressemitteilungen/index.php?l=2810>

Zuschlagserteilungen

- **Stadt Lage.** Schulen.
Den Zuschlag für das PPP-Projekt "Schulen der Stadt Lage" (Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb über 25 Jahre) hat die Firma **Goldbeck Public Partner GmbH**, Bielefeld, erhalten. Gesamtauftragswert: 20,3 Mio. Euro.
Dokumentennummer im TED: 297446-2008.
- **Stadt Brühl.** Stadion.
Die Sanierung des Schlossparkstadions in Brühl als PPP-Projekt wird von der **STRABAG Sportstättenbau GmbH**, Dortmund, realisiert. Das Unternehmen ist Investor, Bauherr und Betreiber der Anlage für 20 Jahre. Investitionsvolumen: ca. 4 Mio. Euro.
Quelle: <http://www.bruehl.de/leben/aktuell/presseservice/2008/106010100000013116.php>

- **Antwerpen (Belgien).** Eisenbahntunnel.

Am 5. November 2008 sind die Finanzierungsverträge für das Liefkenshoek Eisenbahntunnel-Projekt in Antwerpen unterschrieben worden. Das Projekt umfasst die Planung, den Bau, die Finanzierung und die Wartung eines nur Güterzügen vorbehaltenen Eisenbahnanschlusses im Hafen von Antwerpen. Die Länge der Schienestrecke beträgt rd. 16 km. Für sechs Kilometer muss ein Tunnel unter dem Fluss Schelde und dem Hafen von Antwerpen hindurch gebohrt werden. Konzessionäre sind **Vinci Concessions** (Frankreich), **CFE** (Belgien) und **Royal BAM** (Niederlande). Das 840 Mio. Euro-Vorhaben ist das bislang größte PPP-Projekt Belgiens. **Quelle:**

http://www.bayernlb.de/ar/Internet/de/Downloads/0100_CorporateCenter/1300Presse/Pressemeldungen/2008/11November/051108PPP.pdf

Weitere Informationen

- **Land Brandenburg.** Neubau Landtag.

Dem PPP-Neubau des neuen Landtages stehen vorerst keine rechtlichen Hürden mehr im Wege. Ein Bieterkonsortium, das gegen die veränderten Ausschreibungsbedingungen das Brandenburgische Oberlandesgericht angerufen hatte, hat seine Klage zurückgezogen. Tage zuvor hatte das OLG signalisiert, dass die Beschwerde keinen Erfolg haben werde. Damit stehen dem laufenden Vergabeverfahren für das 120 Mio. Euro teure Objekt vorerst keine rechtlichen Hindernisse mehr im Weg. Zum Streit war es gekommen, nachdem das Land Brandenburg die Bewerber im Mai 2008 aufgefordert hatte, ihre Pläne zu überarbeiten. Zuvor hatte die Hasso-Plattner-Förderstiftung 20 Mio. Euro gespendet, damit der Landtag nicht nur den Umriss, sondern auch die Fassade des im Krieg zerstörten und später gesprengten Hohenzollern-Schlusses erhalten kann. Der Kläger wollte erreichen, dass das Projekt komplett neu ausgeschrieben wird. **Quelle:**

<http://www.olg.brandenburg.de/sixcms/media.php/1411/PM%20Beschwerde%C3%BCcknahme%20Landtagsneubau.15368855.pdf>

Das Finanzministerium des Landes Brandenburg meldete Ende Oktober, dass zum 28.10.2008 vier Bieterkonsortien ihre überarbeiteten Lösungsvorschläge fristgerecht eingereicht hatten. Zwei weitere Bewerberkonsortien sind vorher – gegen Entschädigung – aus dem Ausschreibungsverfahren ausgeschieden. Nach wie vor ist vorgesehen, den Zuschlag für den Landtagsneubau Mitte des kommenden Jahres zu erteilen. **Quelle:** <http://brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.133582.de>

- **Partnerschaften Deutschland.** Auswertung des Vergabeverfahrens abgeschlossen.

Die Angebote im europaweit durchgeführten Vergabeverfahren zur Auswahl der privaten Partner für die Partnerschaften Deutschland sind mittlerweile ausgewertet worden. Der Lenkungsausschuss zur Gründung der Partnerschaften Deutschland hat den Vorschlag des Bundesfinanzministeriums für die Zuschlagserteilung angenommen. Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden konnten, wurden benachrichtigt. Nach Ablauf der vergaberechtlich vorgegebenen Wartefrist wird der Zuschlag erfolgen. Das Ausschreibungsergebnis mit einer privaten Kapitalbeteiligung von rund 7 Mio. Euro (geplant waren 10 Mio. Euro) wird als „sehr zufriedenstellend“ bezeichnet. Mit der Aufnahme der operativen Tätigkeit der Partnerschaften Deutschland (ÖPP Deutschland AG) ist Anfang 2009 zu rechnen.

Quelle: <http://www.partnerschaften-deutschland.de/>

- **PPP-Kompetenzzentrums in Rheinland-Pfalz.** Präsentationen.

Am 23. September 2008 fand in Mainz der Workshop „PPP bei Feuerwachen und Sportstätten“ statt. Es war eine gemeinsame Informationsveranstaltung der kommunalen Spitzenverbände und des PPP-Kompetenzzentrums in Rheinland-Pfalz. Die Vorträge des Workshops zum Download unter:

Quelle: <http://www.per-rlp.de/index.php?id=74>

- **Führungskräfte Forum des Behörden Spiegels.** Präsentationen.

Am 23. Oktober 2008 veranstaltete der Behörden Spiegel in Düsseldorf ein Führungskräfte Forum zum Thema PPP. Die Präsentationen zum Download unter:

<http://www.fuehrungskraefteforum.de/> (Rubrik "Vergangene Veranstaltungen")

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
<http://www.BWI-Bau.de>
E.Paulsen@BWI-Bau.de



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Baden-Württemberg, Beschluss vom 30. April 2008 - 1 VK 12/08**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2591>

Anforderungen an die Kommunikation der Vergabestelle

Die Vergabestelle versandte bei einer europaweiten Ausschreibung von Entsorgungsleistungen im Offenen Verfahren während der Angebotsfrist zwei Änderungen an den Verdingungsunterlagen an die Bieter mittels Computerfax. Sendebestätigungen oder ähnliche Zugangsbestätigungen lagen nicht vor. Die spätere Antragstellerin, die nach eigenen Bekunden nur die zweite Änderung erhielt, gab ihr Angebot auf der Grundlage der veralteten Originalunterlagen ab und wurde ausgeschlossen.

Der hiergegen eingelegte Nachprüfungsantrag hatte Erfolg. Zwar müssten Angebote ausgeschlossen werden, die nicht der Leistungsbeschreibung des Auftraggebers entsprechen. Jede Abweichung stelle eine Änderung dar. Auch die Nutzung veralteter Verdingungsunterlagen stelle grundsätzlich eine Änderung der Verdingungsunterlagen dar.

Hier hatte die Vergabestelle aber zahlreiche Fehler begangen, die zu ihren eigenen Lasten zu werten seien:

- Die Vergabestelle habe es nicht geschafft nachzuweisen, dass die Bieterin überhaupt die erste Änderung erhalten hatte. Zweifel zum Zugangsnachweis gingen diesbezüglich zu Lasten der Vergabestelle.
- Die Vergabestelle hatte das Computerfax an eine falsche Fax-Nummer verschickt, die zufälligerweise aber auch der Antragstellerin gehörte. Da die Bieterin diese aber nicht angegeben hatte, müsse die Absenderin (die Vergabestelle) das Risiko tragen, wenn es innerhalb des Unternehmens der Antragstellerin zu Versäumnissen bei einer Weiterleitung an die konkret zuständige Stelle gekommen sein sollte.
- Ebenso wenig waren die Fax-Mitteilungen eindeutig formuliert. So enthielt das zweite Änderungsfax etwa nicht die Handlungsanweisung, Seiten auszutauschen. Es wurde lediglich um "Ergänzung in den Ihnen vorliegenden Ausschreibungen" gebeten. Die Ungenauigkeiten führten am Ende dazu, dass etwa die Hälfte aller Bieter wegen nur teilweiser oder komplett fehlender Einarbeitung von Änderungen ausgeschlossen wurden

Im Ergebnis durfte die Antragstellerin ihr Angebot so wie abgegeben einreichen und durfte nicht ausgeschlossen werden.

In den PPP-Verfahren sind Änderungen an den technischen oder juristischen Unterlagen verfahrenstypisch. Jeder Vergabestelle ist dabei zu raten, die Änderungen klar als solche zu kennzeichnen. Jeder Bieter muss klar erkennen können, was von ihm verlangt wird und welche Unterlage er einreichen muss. Des weiteren muss die Vergabestelle sicherstellen, dass jeder Bieter die Änderungen rechtzeitig erhält. Dazu sollte die Vergabestelle schon mit dem Formular für den Teilnahmeantrag klären, wer auf Seiten des Bieters für die rechtlich relevante Kommunikation im Vergabeverfahren empfangsbe-rechtigt ist. Weiterhin sollte vorsichtshalber vor Ablauf der Angebotsfrist von jedem Bieter eine Bestätigung über den Zugang der mit jeweils mit Datum versehenen Unterlagen erfragt werden.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

